

Im überragenden öffentlichen Interesse

Autobahnausbau: „Kritik an A5-Studie“, FR-Region vom 30. September

Landtagsabgeordneter Stefan Naas fordert von Verkehrsminister Kaweh Mansoori, den Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD ernst zu nehmen und zügig eine Bundesratsinitiative für den beschleunigten zehnstreifigen Ausbau zu starten. Der Koalitionsvertrag sieht vor, gegenüber dem Bund die Annahme eines beschleunigten Autobahnausbau für alle hessischen Projekte zu bestätigen. Der Bund hatte angeboten, die A5 im Bereich Frankfurt mit einem zehnstreifigen Ausbau in eine neue Anlage 2 zum Fernstraßenausbaugesetz

aufzunehmen. Die Anlage 2 betrifft Projekte, die im überragenden öffentlichen Interesse liegen. Damit soll eine Beschleunigung erreicht werden.

Die Prioritäten für die Planung von Projekten selbst werden in der Anlage 1 zum Fernstraßenausbaugesetz festgelegt. In dieser Anlage 1 ist der zehnstreifige Ausbau der A5 zwischen Westkreuz und Frankfurter Kreuz sowie zwischen dem Nordwestkreuz und dem Westkreuz als Projekte bereits im vorrangigen Bedarf eingestuft. Dies bedeutet, dass ein gesetzli-

cher Planungsauftrag besteht. Auf dieser gesetzlichen Grundlage ist es die Aufgabe des Bundesverkehrsministeriums, den zweiten Teil der Machbarkeitsstudie zu beauftragen, um nach der technischen Machbarkeit auch die ökologische Verträglichkeit und die Beachtung der Lärmschutzinteressen der Anwohner zu prüfen und zu bewerten.

Es ist daher richtig, wenn Verkehrsminister Kaweh Mansoori den Abschluss der Prüfungen abwarten will.

Klaus-Peter Güttler, Idstein

So entstehen unsere Probleme

Ein Winzer und die Folgen des Baus einer Stromtrasse: „Bei uns geht es an die Existenz“, FR-Region vom 28. September

Geht es um die Existenz? Ich verstehe die Sorgen des Winzers, aber wird es wirklich so eintreffen? Es ist die erste Reaktion, erst gar nicht weiter drüber nachzudenken, was geht. Große Worte, die große Ängste schüren und ganz schnell zu der Reaktion führen: „Nein das geht so nicht!“ Ich möchte diesen Winzer in keiner Weise angreifen, aber ich finde, es ist beispielhaft für eine Haltung die aus meiner Sicht einen großen Teil unserer heutigen Probleme beschreibt.

Als allererstes möchten wir, dass es „mir“ gutgeht. Wenn daran gerüttelt wird, folgt sofort eine Reaktion mit einer Anklage und einer Schuldzuweisung. Das wird schnell einer großen Mehrheit zugeführt, die entweder der gleichen Meinung ist und sofort laut unterstützt oder genauso schnell widerspricht. Mithilfe von Internet verbreitet es sich in Schallgeschwindigkeit, die übrigen Medien folgen auf dem Fuß.

Wäre es nicht besser, als erstes zu fragen: Was bringt uns, wie

in diesem Beispiel, diese Trasse als Gemeinschaft? Wie können wir Lösungen für Nachteile Einzelner finden, die immer bei einem Eingreifen in ein bestehendes Verfahren entstehen?

Ich möchte weiterhin Teil einer Gemeinschaft sein und empfinde, dass ich damit eine Verpflichtung habe, *meinen Teil* dazu beizutragen. Ich glaube gleichzeitig immer noch, dass mir diese Gemeinschaft hilft, wenn ich es alleine nicht mehr schaffe.

Michaela Kaiser, Schwalbach

Mit guter Atmosphäre gegen Onlinehandel

Zu: „Kampf um Parkplätze in Frankfurt“, FR-Region vom 26. September

Jedes Mal, wenn Radinfrastruktur zum Schutz von Radfahrerinnen und Fußgängerinnen eingeführt wird in Frankfurt, hören wir die gleichen Klagen und Ängste: Geschäfte gehen kaputt, Angestellte werden entlassen, die Wirtschaft geht zugrunde. Die Realität der meisten Geschäfte in der Nähe von neuer sicherer Fahrradinfrastruktur sieht anders aus. Der Oeder Weg hat in den letzten Jahren weniger Insolvenzen verkraften müssen wie vergleichbare Straßen, zum Beispiel die Berger Straße oder Leipziger Straße. Von den 20 Parkplätzen, die auf der Eschersheimer Landstraße verschwinden werden,

sind nur wenige in der Nähe von den genannten lauten Gewerbetreibenden. Diese Parkplätze werden größtenteils von Anwohnern genutzt, die 23 Stunden und mehr ihre Fahrzeuge auf diesen Parkplätzen stehen lassen.

Natürlich haben es Geschäfte in Frankfurt schwer. Mit dem Onlinehandel laufen die Geschäfte nicht wie gewollt, aber wenige Parkplätze, die verschwinden, sind sicherlich keine Erklärung für diese Misere. Viele Studien zeigen, dass eine gute Aufenthaltsqualität auf der Straße und weniger Autoverkehr das Einkaufen attraktiver machen können. Eine solche positive At-

mosphäre mit Begrünung und Außengastronomie kann sogar eine Antwort sein, um im Kampf um Kunden gegen den Onlinehandel zu bestehen. Größere Anschaffungen können genauso gut mit dem Lastenrad transportiert werden wie mit einem Auto, das wahrscheinlich auch jetzt keinen Parkplatz finden wird.

Ich hoffe, dass IHK und ansässiges Gewerbe mit der Zeit verstehen, dass eine gute Aufenthaltsqualität für alle Menschen und Kunden auf einer viel befahrenen Straße, die die Eschersheimer bleiben wird, mehr wert ist als jeder Parkplatz vor der Tür.

Norbert Szép, Frankfurt

Mit Gepäck zur Toilette im Untergeschoss

Zu: „Bahnhofstoilette ist seit zwei Monaten defekt“, FR-Region vom 27. September

Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erleben, besonders, wenn er aufs Klo muss. Wo und wie ist es zu finden? Im Hbf Frankfurt an Gleis 9, am Hbf Bochum im Nebeneingang versteckt vor dem Kino. Die Toilettenanlagen haben leider einen sehr schwerwiegenden Mangel: Man kann sie nur über Treppen ins Untergeschoss erreichen. Das heißt: Wer seine Notdurft sauber verrichten möchte, muss sein Gepäck mit hinunter und wieder hinauf tragen.

Junge Leute hüpfen vielleicht, aber je älter sie werden, desto deutlicher spüren sie jedes Kilo des Gepäcks und dessen Unhandlichkeit. Wieso gibt es an diesen Plätzen keine Rolltreppen, Aufzüge oder wenigstens Schrägen für das Gepäck?

Doch nein, halt! Im Frankfurter Bahnhof gibt es eine ebenerdige Behindertentoilette. Doch leider ist diese durch zwei dicke Schösser gut versperrt, obwohl ein grünes Licht eigentlich „Geöffnet“ signalisiert.

Die Würde des Menschen wird sehr angetastet, wenn man ihn immer mehr ausgrenzt, je älter er wird. Wir wollen saubere Orte haben. Wir bezahlen einen Euro für eine saubere Toilette. Wem dieses Geld fehlt, der macht dann draußen vor der Tür des Bahnhofes in den Rinnstein (gesehen am Bochumer Bahnhof). Geld ist ein Medium und Geldspenden, zweckgebunden für erreichbare Toiletten, sind vielleicht leichter zu bekommen, als man denkt.

Friederike Hapel, Bochum



**BRONSKI IST IHR
MANN IN DER
FR-REDAKTION**

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer
Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären
Sie sich einverstanden, dass
Ihre Zuschrift auch online
unter www.frblog.de
veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor,
Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums
wurden online im FR-Blog
veröffentlicht, der Fortsetzung
des Print-Forums im Internet.
Lesen Sie: frblog.de/f20241001

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Podiumsdiskussion „Wird die Linke noch gebraucht?“ mit dem Soziologen Klaus Dörre (Universität Jena), Philipp Türmer (Juso-Bundesvorsitzender), Berfe Budak (IG-Metall-Jugendsekretärin) und Michael Müller (Fraktionsvorsitzender der Linken im Frankfurter Römer),
**Dienstag, 1. Oktober, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt**

Karin Dalka spricht mit der Neurowissenschaftlerin und FR-Kolumnistin Maren Urner über deren neuen Bestseller „Radikal emotional – Wie Gefühle Politik machen“.
**Samstag, 19. Oktober, 20 Uhr
Historisches Museum, Saalhof 1, Frankfurt**

Redakteur:innen und **Autor:innen** der FR sind für Diskussionen, Präsentationen und Lesungen am Gemeinschaftsstand von Frankfurter Rundschau und Societätsverlag auf der Frankfurter Buchmesse.
Details: frblog.de/bm24
Bascha Mika: 18. Okt., 15 Uhr
Lutz „Bronski“ Büge: 18. Okt., 17 Uhr
Christine Dankbar: 19. Okt., 11 Uhr
Georg Leppert: 19. Okt., 12.30 Uhr
Michael Bayer: 19. Okt., 13 Uhr
Pitt v. Bebenburg: 19. Okt., 14 u. 15 Uhr
Sylvia Staudé: 19. Okt., 17 Uhr
Pitt v. Bebenburg: 20. Okt., 13.30 und 16 Uhr
Halle 3.1, Stand Nr. ,D48

Endlich sagt's mal jemand

Digitalisierung: „Im Ausländeramt läuft's nicht rund“, FR-Region v. 17.8.

Der Artikel zur anhaltenden Misere im Frankfurter Ausländeramt spricht ein Problem an, das nicht nur diese Behörde betrifft: Die Zeit, die die Mitarbeiter im Amt sparen, wird „einfach auf die Schultern der Antragsteller:innen – oder jene der Mitarbeiter:innen der Beratungsstellen abgewälzt“.

Abgesehen davon, dass ich als Ehrenamtliche in einer solchen Beratungsstelle davon ein Lied singen kann, beschreibt der Satz ein inzwischen weit verbreitetes Problem. Behörden, Unternehmen, Banken verschieben immer mehr Aufgaben, die eigentlich ihre Pflichten sind, auf Bürger und Verbraucher. Insbesondere ältere Menschen sind damit häufig überfordert, aber ich fürchte, wenn die Tiktok-Generation in das Alter kommt, in dem sie für sich selbst sorgen muss, wird es ihr ähnlich ergehen.

Ich habe im Berufsleben gut 30 Jahre überwiegend vor Bildschirmen verbracht, halte mich daher für nicht ganz unerfahren in Sachen Digitalisierung. Sie ist an vielen Stellen wichtig und sinnvoll, auch im privaten Bereich. Aber was in den letzten Jahren um sich greift in Sachen Verlagerung von Tätigkeiten, ist für die betroffenen Bürger:innen, und das sind fast alle, nicht mehr erträglich. Formulare sind nicht verständlich, schwierig auszufüllen, und oft findet man keine Antworten in den FAQs. Programmierer sind häufig nicht in der Lage, sich in die Anwender zu versetzen. Telefonisch ist in der Regel niemand oder nur nach langen Wartezeiten erreichbar, und dann nur in einem häufig überforderten Callcenter.

Diese Form der Digitalisierung hilft den Bürgerinnen und Bürgern nicht, sondern belastet sie zeitlich und oft auch psychisch mehr als je zuvor. Bei allem Verständnis für den allgegenwärtigen Personalmangel – als Dienstleister die Arbeit einfach auf die „Kund:innen“ abzuwälzen, ist keine Lösung.

Astrid Droßmann, Frankfurt

Zugang nicht barrierefrei

Zu: „Harte Kritik an ABG“, FR-Region vom 24. September

Da hat die ABG im Wendelsweg ein großes Haus mit Seniorenwohnungen über ein Jahr lang energetisch saniert, mit unbeschreiblichen Belastungen für die darin lebenden Menschen. Man hat es aber unterlassen, den Zugang zum Haus barrierefrei umzubauen! Es sind immer noch zehn Stufen zur Haustür – und das bei oft gehbehinderten Menschen. Dem stehen nun also 83,2 Millionen Euro Gewinn gegenüber. Ein Skandal! Die Stadt Frankfurt und der Oberbürgermeister Josef (Aufsichtsrat) sollen sich schämen.

Emma Schultheiss, Frankfurt